

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweitzer.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. sabb., fl. 1. 8flerr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Spediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Mit der heutigen Nummer beginnt für Berlin ein neues Monats-Abonnement zum Preise von 5 Sgr. incl. Bringerlohn.

## Politischer Theil.

### Rundschau.

Berlin, 31. Mai.

Die äußere Situation in Deutschland wird sich wohl in der nächsten Zeit bis zum Zusammentritt der Conferenz und während derselben wenig ändern. Ueber die Reihenfolge der Beratungen auf der Conferenz ist noch nichts festgestellt. Mehrere Regierungen wünschen mit Venetien zu beginnen. Die Verteidiger der Ansicht, daß die schleswig-holstein'sche Frage zuerst erörtert werde, stützen sich darauf, daß die Einladungs-Depeschen in der Einleitung das Bewußtsein wegen der Herzogthümer als den Ursprung der gegenwärtigen Krisis bezeichnen. Dem am Schlusse der Einladungs-Depeschen ausgesprochenen Wunsche, daß während der Beratungen den militärischen Bewegungen und Operationen keine weitere Ausdehnung gegeben werde, wird, wohl schwerlich aufrichtig entsprochen werden. — Die Stellung der österreichischen Regierung zur Conferenz wird in einem Wiener Telegramm vom Gestrigen in Folgendem bezeichnet: „Graf Mensdorff geht vorläufig nicht nach Paris. Ein höherer Beamter der Staatskanzlei überbringt heute dem Fürsten Metternich die Instructionen Oesterreichs. Das Programm geht wesentlich auf Ablehnung eines etwaigen Vorschlages wegen Abtretung Venetiens, in der schleswig-holsteinischen Frage auf Befragung der Stände und auf Ablehnung der Competenz der Conferenz hinsichtlich der Bundesreform.“ — Die in Frankfurt a. M. erscheinende „Europe“ veröffentlicht den Inhalt der Einladungs-Depesche, die dem Freiherrn v. Klüber durch den beim Bundestag accreditirten französischen Gesandten übergeben worden ist. Die vom 28. d. M. datirte Mittheilung lautet im Wesentlichen: Die zwischen Oesterreich und Preußen in der Schleswig-Holstein'schen Angelegenheit ausgebrochene Differenz ist zum Gegenstande großer Sorgen für Europa geworden. Die öffentliche Meinung ist durch die Möglichkeit eines Krieges aufgeregt, durch welche so viele der verschiedenen Interessen berührt werden. Frankreich, Großbritannien und Rußland konnten selbst nicht ohne Unruhe der Möglichkeit eines Waffentampfes in's Auge fassen, bei welchem Staaten, für die sie gleiche Freundschaft hegten, einander gegenüberstehen würden. Die gewichtigsten Erwägungen haben sie bewogen, die Mittel hervorzuziehen, durch welche diese Gefahr beschworen werden kann. Die drei Mächte sind in Bezug auf diesen Gegenstand in ein und demselben Gedanken des Friedens und der Beruhigung mit sich zu Rathe gegangen und haben sich darüber verständigt, um zu gemeinsamen Beratun-

gen die Regierungen einzuladen, welche in die Streitfrage mit verwickelt sind, oder in dieselbe hineingezogen werden können, nämlich Oesterreich, Preußen, Italien und den Deutschen Bund. Der Gegenstand dieser Beratungen drängt sich von selbst allen Gemüthern auf. Es handelt sich in dem Interesse des Friedens, auf diplomatischem Wege über die Herzogthümerfrage, über die Frage der italienischen Differenz und endlich über die Reformen, welche in der Bundesacte vorzunehmen sind, in so weit die Erhaltung des Europäischen Gleichgewichts ein Interesse daran nehmen kann, Beschlüsse zu fassen.

Wenn der hohe Deutsche Bund daren willige, diesem Rufe zu folgen, so möge sein Bevollmächtigter sich in Paris denen Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands anschließen.

Die Depesche schließt:

Die Regierung des Kaisers hegt das Vertrauen, daß die Mächte, welche sich gegenwärtig mit den Vorbereitungen zum Kriege beschäftigen, geneigt sein werden, dieselben, indem sie dem Vorschlage der drei Höfe beitreten, zu suspendiren, selbst dann, wenn sie Anstand nehmen sollten, ihre Streitkräfte auf den Friedensfuß zurückzuführen.

In einer gestern stattgehabten Bundestags-Sitzung ist die Annahme der Einladung zur Pariser Conferenz und die Vertretung des Bundes durch Bayern beschlossen worden. Da die Ueberrahme der Mission von Seiten des Freiherrn v. d. Pfordten nicht zweifelhaft ist, so wird seine Wahl in der dazu auf Freitag anberaumten Bundestags-Sitzung erfolgen. — Was die Haltung der preussischen Regierung zur Conferenzfrage betrifft, so sagte dieselbe in den Vorverhandlungen die Theilnahme an der Conferenz nur unter der Voraussetzung zu, daß eine Einmischung in innere Angelegenheiten des deutschen Bundes nicht beabsichtigt werde. Die Mächte sind aufmerksam gemacht, daß die preussischen Bundesreform-Vorschläge jeden Anlaß zu fremder Intervention vermeiden. Die preussische Antwort auf die Einladung zu den Conferenzen ist nach Empfang der identischen Depeschen noch an demselben Tage, 28. Mai, zustimmend nach Paris abgegangen. — In Preußen constatirt der Rundschauer der „Kreuzzeitung“, daß die conservative Partei im gegenwärtigen Augenblicke allerdings gespalten sei, daß er aber diese Spaltung für keine „unheilbare“ halte. In der ministeriellen „Nordd. Allg. Ztg.“ wird er in einem Entresillet dieses Blattes mit Herrn Frese (der auf dem Frankfurter Abgeordnetentage bedingungsweise für Oesterreich gegen Großpreußen gesprochen) auf eine Stufe gestellt. — Wie man in Oesterreich den Krieg ansieht und wie die österreichische Regierung die Ansprüche auf ihre „Stellung in Deutschland“ auf eine sehr sonderbare Weise rechtfertigt, geht aus einigen höchst interessanten Artikeln der Wiener „Presse“ hervor, die wir, da sie zu charakteristisch und lehrreich sind, besonders hervorheben zu müssen glauben. Es wird darin einerseits ganz naïv zugestanden, daß man auch in Oesterreich die deutsche Frage nur als eine Machtfrage für den habsburgischen Staat

betrachtet und andererseits erfährt Oesterreichs „deutscher Beruf“ eine eigenthümliche Beleuchtung: Die „Presse“ also schreibt das eine Mal:

Heute macht Oesterreich die gewaltigsten Anstrengungen, um seine tausendjährige Stellung in Deutschland zu wahren. Die ganze Kraft der Monarchie wird aufgeboten, um dieses Ziel zu erreichen. Ein Heer, wohl ausgerüstet und zahlreicher als Oesterreich jemals eines ins Feld geführt hat, sammelt sich an den Nordgrenzen des Reiches. Aus allen Kronländern drängen Freiwillige sich zum Kampfe, die Opferfreudigkeit der Bevölkerung ist allgemein, sie nöthigt dem Auslande Achtung ab. Der Krieg ist populär, nicht bloß unter den Deutsch-Oesterreichern. Die Gebildeten wissen, daß das Reich in seinem Grunde bedroht ist; die Massen belehrt der politische Instinct, daß es sich um die Existenz und die Machtbedingungen des Staates handelt. Auf diesem Gebiete giebt es keinen Gegenlag zwischen dem Volke und der Regierung. Solche Anstrengungen macht man nicht, wenn man an ihre Nothwendigkeit nicht glaubt. Unsere leitenden Staatsmänner müssen überzeugt sein, daß die Opfer an Blut und Gut nicht erspart werden können, daß es Lebens-Interessen sind, die auf dem Spiele stehen.

Und das andere Mal:

Es giebt bei uns eine Partei\*), die unter der Maske des Oesterreichthums das deutsche Element bekämpft und die nicht-deutschen Rationalitäten fördert. Diejenigen, deren Zwecke man durch solches Vorgehen in der innern Politik unterläßt, bezeigen ihren Dank damit, daß sie in der äußeren Politik Opposition machen. Die „Karadni listy“ und die „Moravska Orlice“, unter allen österreichischen Blättern die einzigen, werden nicht milde, den Krieg, zu dem wir rufen, täglich als einen politischen Mißgriff unserer Regierung, als ein anti-österreichisches Beginnen zu bezeichnen. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß Oesterreichs deutscher Beruf nach außen mit aller Kraft in einer Zeit hochgehalten wird, wo man denselben im Innern, gelinde gesagt, als ein zweifelhaftes Postulat behandelt. Außere u. innere Politik gehen bei uns gefonderte Wege, die weit auseinander führen. Man ziehe nur die unabwieslichen Konsequenzen. Wenn wir siegen gegen Preußen, was dann? Glaubt man in der That, daß es auch in diesem Falle möglich sein wird, festzuhalten an dem gegenwärtigen Regierungssystem? Gelingt es uns, Preußen niederschmettern, so sind damit die berechtigten Wünsche Deutschlands noch nicht befriedigt. Das unauflöbliche Begehren nach einer zeitgemäßen Reform und freithätigen Entwicklung des Bundes wird wie ein Sturmwind durch die deutschen Gauen ziehen. Eroberungen können in Deutschland nicht bloß mit den Waffen, sie müssen auch mit der Industrie, mit Wissenschaft und Kunst, mit der Cultur gemacht werden. Verzichtet man auf diese Mittel, so bricht man mit der Möglichkeit, in Deutschland Propaganda zu machen. Wir haben es nöthig, um Sympathien in Deutschland zu erwerben, das beweist der Abgeordnetentag, beweist das Zaudern der Mittelstaaten, sich auf unsere Seite zu stellen. Die deutsche Frage in Oesterreich ist keine Nationalitätsfrage, sondern eine politische, eine Frage der Macht.

Sicherlich werthvolle Geständnisse, aus denen, wenn es noch nöthig wäre, nur zu lernen sein

\*) Es ist die gegenwärtige Regierung, die auch a. a. D. von der Redaction deutsch bezeichnet wird. Am. d. Red. des „Soc.-Dem.“

würde, daß die Nation von Niemandem etwas zu hoffen hat, als von sich selbst. — Die „Wiener Zeitung“ bringt in ihrem amtlichen Theile ein Gesetz vom 25. d., wodurch eine Zwangsanleihe von 12 Millionen Gulden für das Lombardo-Venetianische Königreich ausgeschrieben wird. Die Einzahlungen haben in sechs gleichen, für die Provinzen Benedig, Vicenza und Belluno mit Ende Juli, für die übrigen Provinzen mit Ende Juni 1866 beginnenden Monatsraten in Silber oder Gold zu erfolgen. — Aus **Ungarn**, Pest, 29. Mai, wird telegraphirt, daß in einer unter Vorsitz des Oberbürgermeisters stattgefundenen Sitzung des Bürgerausschusses eine Loyalitätsadresse an den Kaiser beschlossen wurde. Dagegen circulirt ein Brief Kossuth's, aus welchem hervorgeht, daß der ungarische Agitator im Einverständnis mit der italienischen Regierung an einer Revolutionirung Ungarns arbeitet und bereits mit revolutionären Comitees in Ungarn in innigem Verkehr steht. Kossuth ist überzeugt, daß die gesammte ungarische Nation sich gegen das Habsburger Haus erheben und Italiens Unabhängigkeit und Integrität mit der seinigen zu sichern wissen wird. „Diejenigen Ungarn“, schreibt er, „welche noch an Oesterreich glauben, trotz dreihundertjährigen Verraths an Ungarn und seinen Rechten, haben in den letzten Tagen ihren Verthum eingesehen, und Deak wird sich bald, wie er es 1848 that, ins Privatleben zurückziehen und den eindruckenden Sturm an sich vorüberziehen lassen.“ Klapka weilt noch immer in Brüssel und steht in Unterhandlungen, welche mit dem Kossuth'schen Project zusammenhängen. — In Bayern wurden die umlaufenden Gerüchte über Ministerveränderungen officiös dementirt. Die dortige Regierung verlangt von der Kammer einen außerordentlichen Militärcredit von 31½ Million Gulden, welche durch ein Anlehen und durch andere Finanzz-Operationen aufgebracht werden sollen. — In Sachsen hebt ein Ministerial-Erlaß provisorisch die Bestimmung der Telegraphen-Ordnung auf, welche Chifferschrift auch bei Privatdepeschen gestattet. — In Baden bewilligte die zweite Kammer einstimmig den von der Regierung verlangten Militärcredit von 1,070,800 Fl. Zugleich sprach sie ihre volle Uebereinstimmung aus mit der von der Regierung befolgten Politik, welche darauf gerichtet sei, den Friedens- und Vermittlungsversuchen durch Bewaffnung im Verein mit den übrigen Mittelstaaten Nachdruck zu verleihen. Ebenso wurde der Antrag Ehart's, die Regierung möge im Verein mit ihren Bundesgenossen auf Berufung des Parlaments und Bewaffnung des Volkes hinwirken, einstimmig angenommen. —

In **Frankreich** hat die Presse eine kleine napoleonische Evolution ausgeführt. Während wir am verfloffenen Dienstag von einem „Moniteur“-Artikel zu berichten hatten, worin alle Länder-Abtretungs-, Compensations- und geheimen Vertragsgerüchte für falsch erklärt wurden, müssen wir heute eines Artikels der „France“ Erwähnung thun, der im Wesentlichen etwa Folgendes ausführt: Sardinien ist von Italienern, die Rheinlande sind von Deutschen bewohnt; damit hat also Napoleon nichts zu schaffen; allein seine Politik ist eine französische, und die europäischen Interessen sind französische Interessen und diese französischen Interessen erheischen, daß dem Saar- und Luxemburg gegenüber „Frankreich sich freie Hand behalte.“ Des sehr beachtenswerthen halb-officiellen „Bays“-Artikels, der unstreitig ein Fäbler der Tuilerien, das Congress-Programm betreffend, haben wir schon in unserer jüngsten Rundschau (in Nr. 100) gedacht. Die in demselben angeregten Ländervertheilungen werden natürlich eventuell desavouirt. Was die Haltung der übrigen französischen Presse betrifft, so ist die „Patrie“ wüthend darüber, daß der Deutsche Bund sich gegen eine Verathung deutscher Angelegenheiten auf dem Congresse ausspricht; das sei eine unzulässige Präntension, meint sie. Dagegen rath die „Opinion nationale“ dem Kaiser Napoleon, es mit der Länder-Flüchtnerei zu Gunsten Frankreichs nicht zu weit zu treiben; es könnten sonst die 1½ Millionen in Deutschland unter den Waffen stehenden Männer am Ende gar die Schneide des Schwertes gegen jene 600,000 Straf-Franzo-

sen kehren. — Prinz Napoleon soll, wie die „Presse“ meldet, mit einer Mission nach Berlin betraut sein und daselbst erwartet werden. — Der Admiral Larocière le Houry, ein Freund des Prinzen Napoleon, ist mit einer Mission nach Florenz gesandt worden. — Die „Hamb. Nachr.“ haben folgende Depesche erhalten:

Auf der am 28. d. in den Tuilerien stattgehabten Sizire haben der Kaiser und die Kaiserin sich im Sinne der Erhaltung des Friedens ausgesprochen. Der französische Gesandte am Wiener Hofe, Herzog von Grammont, hat Ansichten auf eine vermittelnde Politik Oesterreichs eröffnet. Es ist die Rede davon, die Bank von Frankreich habe sich anbeisig gemacht, von der englischen Bank auf die ersten Banquiers von Paris gezogene Wechsel zu acceptiren. In militairischer Beziehung soll die Aufrechterhaltung des Status quo während der Dauer des Congresses vereinbart sein.

Die Vorgänge in den **Donaufürstenthümern** beschäftigen in Paris die Aufmerksamkeit der politischen Welt in erster Reihe. Wie man hört, ist ein höherer Stabs-Offizier mit vertraulichen Mittheilungen an den Prinzen von Hohenzollern abgehandelt worden. — Fürst von Sibiria ist wiederum in das Cabinet getreten und hat das Ministerium der öffentlichen Arbeiten übernommen. Der bisherige Minister Fürst Sturdza ist zum Secretair des Fürsten ernannt worden.

In **London** erwiderte Layard am 28. Mai, auf eine Interpellation Griffith's im Unterhause: die Donaufürstenthümer-Conferenz betrachte die Wahl des Prinzen von Hohenzollern für illegal, autorisire aber keine Intervention. — In der Abstimmung über ein Amendement zur Reformbill ist die Regierung mit 10 Stimmen in der Minorität geblieben.

In **Italien** hat die Regierung das Gesuch des ehemaligen Insurgentenchefs Vokal um Genehmigung der Formirung einer polnischen Legion für Italien, obwohl dasselbe von Garibaldi dringend bestritten war, abschlägig beschieden. — Die „Opinione“ meldet, daß der König am 30. ein Decret unterzeichnet habe, durch welches zwei Bataillone freiwilliger Bersaglieris gebildet werden. Ein zweites Decret vermehrt das Freiwilligen-corporum um 20 Bataillone. — In Florenz glaubt man allen Ernstes, die preußischen Kriegsschiffe würden sich von Kiel in das adriatische Meer begeben, um an der Besetzung von Venedig theilzunehmen. — Fast alle Deputirten der Linken im Florentiner Parlament sind zu Offizieren in den Freiwilligen-Regimentern ernannt worden.

Briefe aus **Spanien** lassen den baldigen Ausbruch einer neuen progressivistischen Bewegung voraussehen. So wird den „Hamburger Nachr.“ aus Paris gemeldet. Ein Rundschreiben des Staats-Ministers an Spaniens Vertreter im Auslande entwickelt die Gründe, aus denen das Bombardement Valparaiso's verurtheilt worden, und fügt hinzu, daß Spanien stets bereit sei, einen ehrenvollen Frieden zu schließen. Der Pariser „France“ zufolge würden die Regierungen Frankreichs und Englands von der spanischen vollständigen Erjah verlangen für den Schaden, den der pflichttreue Admiral Mendez Nunez an dem neutralen Eigenthum angerichtet hat. Die englischen Besizer haben bei dem Bombardement ca. 20 Millionen Pfaster Schaden gehabt.

In **Russland** dementirt die „Gaz. Warsz.“ die Nachricht der Wiener Blätter von dem Einrücken russischer und türkischer Truppen in die Moldau, und fügt die Bemerkung hinzu, daß letztere schwerlich in die Moldau, die sie nur aus der Dobrudscha über Galacz erreichen könnten, sondern in die Walachei, deren Grenzen sie bereits besetzt hielten, einrücken würden. Die russische Regierung habe sich bis jetzt mit einem Protest begnügt, doch haben die an der Grenze concentrirten Truppen den Befehl, sofort in Jassy einzurücken, wenn die Türken die Grenze der Fürstenthümer überschreiten sollten. Rußland halte fest an dem Vertrage der Schutzmächte, wonach weder Ansländer zu Hospodaren gewählt werden, noch die Türken mit Militair in die Fürstenthümer einrücken dürfen. Sollte eines von beiden geschehen, so sei der Vertrag vernichtet, und Rußland behalte sich freie Hand vor. — Der Riß zwischen dem päpstlichen Stuhl und dem Petersburger Cabinet ist durch die Eröffnung

des polnischen Priesterseminars in Rom unter Leitung des Resurrectionistenordens bedeutend wieder erweitert worden. Die russischen Zeitungen sind indignirt über dieses „Brutnest der importirten Rebellion.“

Paul Nachrichten aus **Amerika**, nach einem Vissaboner Telegramm der „Börsenhalle“ aus Lima vom 27. April, war das spanische Geschwader vor Callao erschienen. Der spanische Admiral hatte als Termine für den Beginn der Feindseligkeiten den 1. Mai und für den Anfang der Blokade den 3. Mai notifizirt. Sämmtliche Baaren sind in Sicherheit gebracht. — Dasselbe Blatt erfährt aus Valparaiso vom 16. April, daß die Blokade des Hafens aufgehoben und die gewöhnlichen Hölle wieder eingeführt sind.

## Deutschland.

1. **Gemeinlich**, 29. Mai. [Vollversammlung.] Die alle Gemüther bewegenden Tagesfragen haben auch hier zu Volksversammlungen Veranlassung gegeben. Der „Fortschrittsverein“ hat am 15. d. M. eine solche in den Saal der Linde abgehalten, welcher er verschiedene weiter unten bezeichnete Resolutionen zur Annahme vorlegte. Wenn auch in der Hauptsache der Zweck dieser Resolutionen eine Demonstration zur Erhaltung des Friedens sein sollte, so läßt sich doch eben so wenig verkennen, daß die Versammlungen in Dresden und Leipzig nicht ohne Eindruck geblieben sind, indem man sich nur für einen bedingten Frieden aussprach und keineswegs für ein unbefristetes Zusehen der Mittelstaaten, vorzugsweise Sachsens, anzutreten wagte.

Der Vorsitzende leitete die Versammlung mit einer Ansprache ein, in welcher es unter Anderm heißt: „Wir wollen unsere Forderung erheben, drittens im Namen einer zahlreichen, fleißigen und genügsamen (verwünschte Tugend!) Arbeiterbevölkerung, welcher der Krieg den einzigen und letzten Bissen Brod vom Munde reiht.“ — Die Bestürmung der ersten drei Resolutionen hatte Herr Roack übernommen, welcher, nachdem er die deutsche Einheits- und Freiheitsbestrebungen seit 1813 beleuchtet, wobei er allerdings bei Schilderung der 1848er Ereignisse und der darauf folgenden Reactionsperiode Röckel's bekanntes Werk: „Sachsens Erhebung etc.“ etwas zu wörtlich benutzte, den Grund zu dem jetzt drohenden Kampfe in den staatlichen Verhältnissen von Deutschland erblickt. Er folgert daraus, daß die deutschen Mittelstaaten, speciell Sachsen, in diesem Kampfe sich nicht an Oesterreich, dessen Schwerpunkt nicht mehr in Wien, sondern in Pesth zu suchen sein, eben so wenig aber an das jetztige Preußen mit — — — — — anschließen dürfen. Aufgabe der Mittelstaaten sei, so lange neutral zu bleiben, bis eine allgemeine Bewegung der deutschen Nation zum Durchbruch gekommen sein werde und diese Bewegung dann, deren Ziel die Wiederherstellung der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849 und das deutsche Parlament sein müsse, kräftigst zu unterstützen. Herr Dr. Schaffrath begründete in kräftiger Rede die vierte Resolution. Nach ihm sprachen noch Herr Stadtrath Lorenz aus Leipzig, Herr Advokat Jüdelich aus Dresden und Herr Dr. Döhn ebendaber. Natürlich hatten wir da Gelegenheit, gefällige Worte zu hören und besonders ergöglich war es für uns, von dieser Seite zu vernehmen: „Das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht ist außerdem das Mittel, wodurch auch der „sehr ehrenwerthe“ Stand der Arbeiter zu seinen Rechten gelangen wird.“

Ob die Resolutionen wirklich einstimmig angenommen wurden, mag dahin gestellt bleiben; Thatsache ist nur, daß dieselben en bloc zur Abstimmung kamen und daß Niemand dagegen stimmte. Herr Adv. Jüdelich brachte hierauf noch einen von ihm und Gesinnungsgenossen angearbeiteten Aufruf an das deutsche Volk ein, den er als Zusatz zu den Resolutionen empfahl. Der Anfang der Versammlung war um 7½ Uhr schlagfertig, der Saal aber bereits ¼ Stunde früher gedrängt voll, so daß später kommende Arbeiter in Masse wieder umkehren mußten. In Folge dessen entschlossen wir uns, dieselben Fragen nochmals mit besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung für den Arbeiterstand zu besprechen und beriefen deshalb eine öffentliche Versammlung auf Sonnabend, den 19. d. M. in den Saal zu Stadt Köln ein. Derselbe war gut gefüllt, zum großen Theile von Arbeitern; desto unangenehmer mußte es sein, daß Herr Försterring, seinem Versprechen, anwesend zu sein, nicht nachkommen konnte; zu unserer großen Freude erschien etwas später noch Herr Schneidemeister Riha aus Dresden.

Herr Rebel, vom Allg. deutsch. Arb.-Verein eröffnete die Versammlung, indem er die Mängel unserer politischen und socialen Verhältnisse bloßlegte; er wies nach, wie drückend dieselben besonders auf den Arbeitern lasten. Der Grund dieser traurigen Erscheinung sei die Ungleichheit, und Gleichberechtigung